

Titel	Obdachlosigkeit beenden- nicht Obdachlose verdrängen	
AntragstellerInnen	Jusos Halle	
Zur Weiterleitung an	SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt, SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> geändert angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Obdachlosigkeit beenden- nicht Obdachlose verdrängen

Empfänger: Der/Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Der/Die SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt möge beschließen: Der/Die SPD-Landtagsfraktion möge beschließen:

- 1 Platzverweise sind ein gängiges Mittel der Sicherheitsbehörden und der Polizei zur Ver-
- 2 drängung von Menschen ohne Obdach aus dem öffentlichen Raum. Allein die Anwesen-
- 3 heit der Menschen ohne Obdach ist oftmals dazu ausreichend. Sie sollen im öffentlichen
- 4 Raum unsichtbar gemacht werden. Obdach- und Wohnungslosigkeit ist jedoch Bestand-
- 5 teil unserer Gesellschaft und Zeugnis von unsozialer Politik und unsozialen Strukturen.
- 6 Auch wenn versucht wird, die Augen davor zu verschließen, ändert dies am grundlegen-
- 7 den Problem nichts.

- 8 Platzverweise können gem. §36 I SOG LSA zur Abwehr einer Gefahr ausgesprochen wer-
- 9 den. Diese Gefahr liegt jedoch selten vor, und ist eher ein Scheinargument. Dabei ist den
- 10 Verantwortlichen nicht klar, dass die Menschen ohne Obdach an gewisse Plätze gebun-
- 11 den sind, weil sie sonst kein Zuhause haben. Dazu kommt, dass Sozialarbeiter*innen,
- 12 Streetworker*innen, Kältebusse und viele andere soziale Hilfsangebote wissen, an be-
- 13 stimmten Plätzen Menschen ohne Obdach anzutreffen, um sie zu unterstützen. Platz-
- 14 verweise erschweren diese wichtige Arbeit ungemein und stellen lediglich eine weitere
- 15 Verlagerung des Problems dar.

- 16 Während im Status quo von wohnungs- und obdachlosen Menschen sog. Wohnfähigkeit
- 17 gefordert wird, fordert die Realität zur Bekämpfung dieser sozialen Probleme zu einem
- 18 Paradigmenwechsel auf. Wohnungs- und Obdachlosigkeit müssen als soziale Probleme
- 19 verstanden werden, die durch gesellschaftliche und politische Maßnahmen gelöst wer-
- 20 den müssen, anstatt die Betroffenen für ihre vermeintliche Unfähigkeit zu bestrafen.
- 21 Das Konzept der Wohnfähigkeit wirkt stattdessen stigmatisierend gegen Betroffe-
- 22 ne und trägt dazu bei, die bereits prekäre Situation wohnungs- und obdachloser Men-
- 23 schen weiter zu verschärfen.

24 Das Housing First Konzept bietet als Lösungsansatz eine effektive und menschenzen-
25 trierte Strategie zur Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Im Gegensatz
26 zum Konzept der Wohnungsfähigkeit, das bestimmte Voraussetzungen wie Abstinenz
27 und ein Arbeitsverhältnis fordert, setzt Housing First darauf, den Betroffenen zuerst eine
28 dauerhafte Unterkunft zu bieten, ohne weitere Bedingungen zu stellen. Zudem werden
29 den Menschen individuelle wohnbegleitende Hilfen angeboten, deren Inanspruchnah-
30 me allerdings rein freiwillig ist.

31 Das Housing First Konzept hat sich unter anderem in Modellprojekten in Städten wie
32 Berlin, Bremen, Düsseldorf, Köln und Nürnberg bewährt und wurde auch international
33 schon erfolgreich implementiert. Als besonders erfolgreich sticht dabei Finnland heraus,
34 wo das Konzept seit 2008 angewendet wird und die Anzahl der obdachlosen Menschen
35 bis 2022 halbiert werden konnte.

36 Es basiert auf einem ganzheitlichen Ansatz, der die komplexen Bedürfnisse obdachlo-
37 ser Menschen berücksichtigt. Indem ihnen zuerst eine sichere Unterkunft geboten wird,
38 schafft Housing First eine stabile Basis, von der aus andere Probleme wie Suchterkran-
39 kungen, psychische Gesundheitsprobleme oder Arbeitslosigkeit effektiver angegangen
40 werden können.

41 Darüber hinaus ist das Housing First Konzept langfristiger und effektiver ausgelegt, da
42 die Auslastung von Notfallunterkünften, Krankenhäusern und Strafverfolgung reduziert
43 werden kann. Dagegen führt das Konzept der Wohnungsfähigkeit häufig zu einem Zy-
44 klus von Rückfällen in die Obdachlosigkeit; dem sog. Drehtüreffekt. Indem obdachlose
45 Menschen eine feste Wohnadresse haben, können sie leichter Zugang zu Bildung, Be-
46 schäftigung und Gesundheitsdiensten erhalten, wodurch ihr individuelles Wohlbefinden
47 und soziale Stabilität gestärkt wird.

48 Schaut man sich auf öffentlichen Plätzen um, fallen einem gelegentlich auf den ersten
49 Blick unnötig und ungemütlich erscheinende Designs auf. Mitten auf einer Bank plat-
50 zierte Armlehnen, schiefe Sitzmöglichkeiten, weit auseinander stehende, viel zu kleine
51 Bänke, sind nur einige Beispiele die sicherlich jede*r schon einmal in der Stadt gesehen
52 hat. Hier handelt es sich leider nicht um unglücklich gestaltete Designideen wenig be-
53 gabter Architekt*innen, sondern um gezielt ablehnend gestaltete sogenannte defensive
54 Architektur.

55 Defensive Architektur oder auch "hostile architecture" beschreibt eine Gestaltung des
56 öffentlichen Raumes durch Baumaßnahmen, die Menschen erschweren soll, dort länger
57 zu verweilen.

58 Parkbänke, Plätze unter Brücken und überdachten Hauseingängen, Fensterbänke und
59 Haltestellen werden so ausgestaltet, dass es wenige oder gar keine Sitz- oder Liegeflä-
60 chen gibt. Es soll unterbunden werden, dass Personen sich länger als nötig an diesen
61 Orten aufhalten. Durch das Anbringen von unnötigen Armlehnen und der Gestaltung

62 von Bänken mit Sitzflächen in einem Winkel, der das Liegen unbequem macht, soll ver-
63 hindert werden, dass Menschen dort schlafen können.

64 Statt die Auslöser von Obdachlosigkeit anzugehen und Menschen ohne Obdach zu helfen,
65 sollen sie lieber aus dem öffentlichen Raum und unserer Wahrnehmung verschwinden.
66 Das Verlangen nach einer "vorzeigbaren" Stadt steht hier darüber, auch nur minimal
67 angenehmere Plätze zum Schlafen zu haben oder sich bei Regen und Wind schützen zu
68 können. Der Drang nach einem attraktiven (gentrifizierten) Stadtbild gefährdet die Si-
69 cherheit und Gesundheit der Menschen. Nicht selten erfrieren Menschen ohne Obdach
70 im Winter.

71 Deshalb fordern wir:

- 72 • Strengere Anforderungen an die Erteilung von Platzverweisen gegen Menschen
73 ohne Obdach, das heißt die Erteilung darf nur gestattet sein, wenn dies zur Ab-
74 wehr einer konkreten, gegenwärtigen, erheblichen Gefahr für Leib, Leben oder
75 Freiheit der Obdachlosen oder anderen Personen dient
- 76 • Beachtung der besonderen Hilfsbedürftigkeit der Menschen ohne Obdach bei
77 Erteilung des Platzverweises
- 78 • Die sofortige Pflicht nach Erteilung eines Platzverweises gegen einen Menschen
79 ohne Obdach zum Angebot eines alternativen Aufenthaltsortes
- 80 • Die dahingehende Überarbeitung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes des
81 Landes Sachsen-Anhalt durch zum Beispiel Einführung eines Absatzes in § 36 SOG
82 LSA der die besonderen Anforderungen zur Erteilung eines Platzverweises gegen
83 Menschen ohne Obdach normiert
- 84 • Etablierung des Housing-Frist Konzepts als vorrangige Strategie zur Bekämpfung
85 von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und damit verbunden eine engere Zusam-
86 menarbeit mit lokalen Wohlfahrtsverbänden, Non-Profit-Organisationen und an-
87 deren relevanten Akteur*innen
- 88 • inklusive und soziale Stadtplanung: Es sollen gerade Orte geschaffen werden, an
89 denen sich Menschen länger und angenehmer aufhalten können

90 *Begründung*

91 Erfolgt mündlich.